



Serbien: Wird 2011 ein Wahljahr?

MICHAEL EHRKE
Mai 2011

- Die Kampagne der größten Oppositionspartei Serbiens, der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) für vorgezogene Wahlen ist mit dem Hungerstreik ihres Vorsitzenden Tomislav Nikolic in eine dramatische Phase eingetreten. Das Missverhältnis zwischen einer lebensbedrohenden individuellen Aktion wie einem Hunger- und Durststreik und der mit ihr verbundenen Forderung könnte grotesker kaum sein.
- Für vorgezogene Wahlen gibt es kaum Gründe: Die wirtschaftliche und soziale Misere des Landes wird durch einen Regierungswechsel kaum verbessert werden. Die aktuelle Forderung Nikolics und der SNS reproduziert ein Verhaltensmuster, das für die junge serbische Demokratie typisch ist: Wenn Probleme anstehen – und Probleme stehen immer an – wird neu gewählt.
- Der serbische Staat ist wirtschafts- und sozialpolitisch paralysiert, unabhängig davon, welche Partei das Ruder in der Hand hat. Neuwahlen werden kaum zur Verbesserung beitragen – im Gegenteil: Sie binden ein weiteres Mal die Energien, die für die Sanierung der Wirtschaft eingesetzt werden könnten, und sie rufen Erwartungen hervor, die keine Partei und Regierung erfüllen kann.



Am 16. April rief die größte Oppositionspartei Serbiens, die Serbische Fortschrittspartei (SNS) in Belgrad zu einer Massendemonstration auf, die ihrer Forderung nach vorgezogenen Wahlen Nachdruck verleihen sollte. Für den Beobachter merkwürdig war bereits die Forderung selbst: Ihr war weder ein schwerer Skandal oder eine Fehlleistung der Regierung vorausgegangen, noch gab es einen Konflikt in einer die Geschicke des Landes betreffenden grundlegenden Frage. Der von der Demokratischen Partei (DS) geführten Regierung wird nicht vorgehalten, dass ihre Kosovo-Politik gescheitert ist, ihr wird in dieser Frage auch kein »Verrat« vorgeworfen. Und was die von Serbien angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen Union angeht, sind sich DS und SNS weitgehend einig. Das von Präsident Boris Tadic vorgelegte Argument, zu Neuwahlen dürfe erst dann aufgerufen werden, wenn Serbien den Status eines EU-Kandidaten erworben habe, wurde vom Präsidenten der SNS, Tomislav Nikolic, nicht zurückgewiesen. Damit engt sich aber der für Neuwahlen mögliche Termin deutlich ein. Es wird damit gerechnet, dass die EU-Kommission Mitte Oktober dieses Jahres die Empfehlung ausspricht, Serbien den Kandidatenstatus zu verleihen. Unter der Voraussetzung, dass eine gewisse Zeit für den Wahlkampf reserviert werden muss, läge der für Neuwahlen frühestmögliche Zeitpunkt im Dezember 2011, also nur drei bis vier Monate vor dem Frühjahr 2012, in dem die Legislaturperiode ohnehin zu Ende geht und zu Neuwahlen aufgerufen werden müsste.

Noch viel merkwürdiger als die Forderung ist aber die Entscheidung Nikolics, in den sofortigen Hungerstreik zu treten (und auch kein Wasser zu sich zu nehmen), bis es einen Termin für vorgezogene Wahlen gebe. Vor der Demonstration hatte er bereits auf das Vorbild Gandhis hingewiesen. Sechs Stunden nach dem Beginn des Hungerstreiks musste er in ein Krankenhaus eingewiesen werden – in eine private Klinik, wie manchmal bissig kommentiert wurde, die einem normalen Bürger Serbiens nicht offen steht. Der Patriarch der serbischen Orthodoxen Kirche Irinej verurteilte Nikolics Aktion als »nicht christlich«, und der Präsident der Liberaldemokratischen Partei Cedomir Jovanovic sah Serbien auf dem »Rückweg in die Steinzeit«. Und in der Tat: Das Missverhältnis zwischen einer lebensbedrohenden individuellen Aktion wie einem Hunger- und Durststreik und der mit ihr verbundenen Forderung könnte grotesker kaum sein. Denn weder wird den Bürgern Serbiens das Wahlrecht verweigert, noch ist Nikolic in seiner Existenz

bedroht (anders als die serbischen Arbeiter, die immer wieder in den Hungerstreik treten, weil ihnen ihre Löhne vorenthalten werden). Es geht um die in jeder Demokratie wichtige Frage der Terminierung von Wahlen, für die es einen geordneten Ablauf geben muss, wobei Wahlen in der Regel nach dem Ablauf einer Legislaturperiode abgehalten werden. Natürlich kann die Opposition vorgezogene Wahlen fordern, wann immer sie will, wenn die Regierung dieser Forderung aber nicht nachkommt, verletzt sie kein fundamentales demokratisches Prinzip. Wohl aber setzt die plebiszitäre Mobilisierung von Massen, die schon die Anhänger Milosevics mit Demokratie verwechselten, Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie außer Kraft: Das Parlament darf nicht unter den Druck der »Straße« gesetzt werden, und ein Wechsel der Regierung hat nach Regeln zu erfolgen, nicht nach Willensbekundungen Einzelner oder politischer Parteien. Ein Hungerstreik schließlich, der nichts anderes ist als die öffentliche Drohung mit Selbsttötung, verwandelt eine Frage des demokratischen Verfahrens in eine Frage von Leben und Tod, und um Leben und Tod geht es in einer Demokratie grundsätzlich nicht. Ein Hungerstreik kann legitim sein, wenn er als letztes Mittel Aufmerksamkeit für ein vernachlässigtes existentielles Problem schaffen oder auf menschenunwürdige Zustände hinweisen will. Wenn er zum Teil des politischen Spiels entwertet wird, liegt ihm entweder Zynismus oder eine mentale Störung zugrunde. Nach elf Jahren politischer Selbst-Zivilisierung mit Rückschlägen ist in Serbien wieder eine ungerechtfertigte und bizarre Dramatisierung aufgetreten, die sich dieses Mal allerdings in ein betont friedliches Gewande kleidet.

Wahlen als Politikersatz

Die aktuelle Forderung Nikolics und der SNS reproduziert ein Verhaltensmuster, das für die junge serbische Demokratie typisch ist: Wenn Probleme anstehen – und Probleme stehen immer an – wird neu gewählt. Die Forderung nach vorgezogenen Wahlen wurde in den letzten Jahren immer dann lautstark erhoben, wenn das Ergebnis einer Kommunalwahl nicht das Stimmenverhältnis im Parlament wiedergab, oder wenn Umfragen darauf hinzuweisen schienen, dass die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht der jeweils gemessenen Popularität der Parteien entsprachen. Wenn die Häufigkeit von Wahlen der Gradmesser für die Reife einer Demokratie wäre, wäre Serbien eine sehr reife Demo-



kratie. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 wurden die serbischen Bürger auf nationaler Ebene nicht weniger als zwölf Mal an die Urnen gerufen. Allein im Umsturzjahr 2000 wurde dreimal gewählt, wobei die damalige Anti-Milosevic-Opposition sowohl in den serbischen und jugoslawischen Parlaments- als auch in den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen als Sieger vom Platz ging. Parlamentswahlen gab es in Serbien danach 2003, 2007 und 2008; der Präsident stand 2002 zweimal und 2003, 2004 und 2008 jeweils einmal zur Wahl. Zusätzlich gab es 2006 ein Verfassungsreferendum. Von den drei Präsidentenwahlen 2002 und 2003 erreichte keine das erforderliche Mindestquorum von 50 Prozent Wahlbeteiligung. Die Wahlen waren also ungültig und Serbien musste sich für zwei Jahre mit vier kommissarischen Präsidenten begnügen. Erst als die Mindestbeteiligung abgeschafft wurde, konnte 2004 Boris Tadic ins Amt gelangen. Für das Verfassungsreferendum 2006 freilich galt die Mindestbeteiligung von 50 Prozent noch. Mit 53 Prozent Wahlbeteiligung schrammte Serbien nur knapp an einer Verfassungskrise vorbei.

Bis 2008 gelang es in Serbien keiner Regierungskoalition die volle Legislaturperiode im Amt zu bleiben. Sollte die jetzige Regierung dem Drang nach Neuwahlen noch in diesem Jahr widerstehen, wäre sie die erste, die dieses Kunststück fertig brächte. Wenn im politischen Spiel Frustration aufkommt, werden unverzüglich die Karten neu gemischt, und alle gehen wieder an den Start. Wenn aber keine Regierung eine Legislaturperiode – geschweige denn zwei – übersteht, fehlt es am Minimum an Kontinuität, die für die Reform von Wirtschaft und Gesellschaft nötig wäre. Da stets vorgezogene Wahlen drohen, betrachtet jede Regierung vom Tag ihres Amtsantritts an jeden politischen Schritt unter dem Gesichtspunkt seiner möglichen wahlpolitischen Auswirkungen. Die Regierungszeit, deren Ende nicht kalkulierbar ist, wird so in kurzatmige Phasen eingeteilt, an deren Ende jeweils ein möglicher wahlpolitischer Pluspunkt steht. So rechnet heute die DS damit, dass der Kandidatenstatus Serbiens ihr in den nächsten Wahlen, wann immer sie stattfinden, als Erfolg zugeschrieben wird. Gleichzeitig werden politische Schritte, die man für unpopulär halt, auf die Zeit nach dem nächsten Neustart verschoben.¹ Die ganze Zeit zwischen dem Sturz Milosevics und heute erscheint so als eine permanente Wahlkampagne, die

immer nur durch relativ kurze Phasen des Regierens unterbrochen wurde.

Instabilität und mangelnde Kontinuität der Politik werden durch zwei weitere Besonderheiten der serbischen Politik verstärkt: Erstens können Parteien, die ethnische, religiöse Minderheiten vertreten, auch dann im Parlament vertreten sein, wenn sie in den Wahlen weniger als fünf Prozent der Stimmen auf sich ziehen können. Da die Minderheiten der Albaner, Bosnier, Roma und Ungarn manchmal durch mehrere Parteien repräsentiert werden, entsteht eine recht große Zahl sehr kleiner Parteien, die trotz ihres geringen Gewichts bei der Bildung von Koalitionen entscheidenden Einfluss ausüben können. Zweitens können Parteien Koalitionen nicht nur nach, sondern auch vor den Wahlen bilden. Auch auf diese Weise erhalten kleine Parteien, die sich einer größeren Partei in einer Vorwahl-Listenverbindung anschließen, eine potentielle Vetomacht, die weitaus größer ist als ihre reale Bedeutung. Das heißt sehr viele, sehr unterschiedliche, sehr kleine und oft auch sehr empfindliche Akteure zwingen die beiden größeren Parteien zu einer ständigen Feinabstimmung ihrer Koalitionspolitik, was es schwer macht, auch nur auf einem einzigen Politikfeld eine kohärente Strategie zu verfolgen. Die Häufigkeit nationaler Wahlen und die Vielzahl politischer Akteure führen zu einer Überpolitisierung in dem Sinne, dass »Politik« als Auswahl der regierenden Akteure (*politics*) »Politik« als Entwicklung gesellschaftlicher Handlungsstrategien (*policies*) zu marginalisieren tendiert. Weil man immer wieder auf die Scheinlösung der Neuwahlen zurückgreifen kann, fehlt es an Zeit und Energie, an die wirkliche Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Landes zu gehen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage

Begründet wird die Forderung nach vorgezogenen Parlamentswahlen mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage und der »Korruption« der regierenden Parteien. Was die wirtschaftliche und soziale Lage angeht, liegt die den Umfragen zufolge größte Oppositionspartei mit ihrer Kritik richtig, sie verzichtet allerdings großzügig darauf, anzugeben, was sie denn in dem vom IWF mitregierten Land wirtschafts- und sozialpolitisch anders machen würde als die Regierung. Und in einem Land wie Serbien ist die Klage über Korruption wohlfeil: Natürlich gibt es Korruptionsfälle, es gibt aber

1. In Deutschland haben die Landtagswahlen in großen Bundesländern, die immer mehr als Abstimmungen über die Politik der Bundesregierung interpretiert werden, einen ähnlichen Effekt.



auch Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption, und die SNS lässt offen, wie ihre Politik der Korruptionsbekämpfung aussehen würde.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit ist in der Tat schlecht. Der durchschnittliche Monatsverdienst liegt heute bei 350 Euro, die Arbeitslosigkeit irgendwo zwischen 18 und 30 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Für die schlechte Lage kann die globale Krise verantwortlich gemacht werden, die nicht von Serbien ausging, das Land aber wie jedes andere Land der Region traf. Allerdings traf die Krise Serbien weniger hart als etwa die zentraleuropäischen Länder: Sein Bankensystem war international wenig exponiert; sein Exportsektor ist klein, der Zusammenbruch der externen Absatzmärkte war also für die Gesamtwirtschaft weniger schädlich als für stärker exportorientierte Volkswirtschaften; die Rücküberweisungen der im Ausland arbeitenden Serben blieben – anders als erwartet – stabil. Als wichtigster Schwachpunkt erwies sich das kontinuierlich hohe Defizit der Leistungsbilanz, das durch ausländische Direktinvestitionen und Rücküberweisungen allein nicht gedeckt werden konnte, sondern auch zur Aufnahme von Auslandskrediten zwang. Und diese Kredite blieben mit der Krise aus bzw. werden heute nun vom IWF vergeben, der ganz andere Bedingungen stellt als vorher die privaten Banken auf ihrer hektischen Suche nach immer profitableren und damit immer riskanteren Anlagemöglichkeiten.

Der eigentliche Effekt der globalen Krise für Serbien liegt darin, dass sie das Wachstum der Jahre 2000 bis 2007 als nicht nachhaltig und nicht fortsetzbar entlarvte. Die jährlichen Wachstumsraten hatten 2000 bis 2007 zwischen drei und sechs Prozent gelegen, waren also recht hoch – wobei freilich zu bedenken ist, dass das Ausgangsniveau des Wachstumsprozesses sehr niedrig war. Vor allem aber handelte es sich um ein Wachstum ohne Exporte, ohne Beschäftigung und ohne Produktion. Der Anteil handelbarer (also potentiell exportierbarer oder mit Importen konkurrierender) Güter am Sozialprodukt sank zwischen 2000 und 2006 von 42 auf 24 Prozent. Das Wachstum vor der Krise basierte vor allem auf dem privaten Konsum, wobei ein hoher Anteil der Konsumgüter importiert und durch Kredite in ausländischer Währung finanziert wurde. Von diesem nicht-nachhaltigen Wachstum auf der Grundlage kreditfinanzierten Konsums profitierten fast ausschließlich die hauptstädtischen Mittelschichten, die ihren Bedarf an

SUVs, Flachbildschirmen und Wohnraum befriedigen konnten. Damit verdeckte das Wachstum in Belgrad den realen Zustand des Landes, die Tatsache etwa, dass viele Privatisierungen scheiterten, weil die neuen Investoren ihren Verpflichtungen nicht nachkamen, dass die neuen Unternehmer Löhne, Sozialleistungen und Steuern verspätet oder gar nicht zahlten, und dass viele im »sozialen« Besitz befindliche Unternehmen nicht privatisiert werden konnten, ihre Beschäftigten hielten, aber nicht entlohnten. Der Arbeiter in Novi Pazar, der sich 2009 einen Finger abschnitt und diesen dann aß, protestierte nicht gegen die Folgen der globalen Krise, sondern gegen die Folgen einer Privatisierung, die in den frühen 1990er Jahren vorgenommen worden war.

Die globale Krise ist nicht die Ursache der wirtschaftlichen und sozialen Misere in Serbien, aber sie trug zur Verschlechterung der Lage bei und ließ auch die hauptstädtischen Mittelschichten nicht unangetastet. Vor allem aber half sie, den Blick für die Realität zu schärfen, die sich hinter der Fassade von Benetton, Escada und BMW verbarg: Eine Wirtschaft, die in hohem Ausmaß von Importen abhängig, aber nicht exportfähig war, einen hohen Anteil der Erwerbsfähigen nicht beschäftigen und viele Beschäftigte nicht entlohnen konnte. Die politische Problematik der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Situation liegt darin, dass jede Reform der Wirtschaft die Investitionen und Exporte auf Kosten des Konsums und der Importe fördern müsste und damit zumindest vorübergehend die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit verschlechtern würde. Dies wird der Grund dafür sein, dass Nikolic und die SNS keine Alternative zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der DS-Regierung anbieten wollen, die ihrerseits wenig mehr tun kann als den Forderungen des IWF nachzukommen und händelnd um ausländische Investoren zu werben. Der serbische Staat ist wirtschafts- und sozialpolitisch paralysiert, unabhängig davon, welche Partei das Ruder in der Hand hat. Neuwahlen werden kaum zur Verbesserung beitragen – im Gegenteil: Sie binden ein weiteres Mal die Energien, die für die Sanierung der Wirtschaft eingesetzt werden könnten, und sie rufen Erwartungen hervor, die keine Partei und Regierung erfüllen kann.

Eine Abwesenheit: Kosovo und »Europa«

Die Tatsache, dass in der derzeitigen Auseinandersetzung die Themen »Kosovo« und »Europa« keine Gegenstände



des Streits sind, ist die positive Kehrseite der von Nikolic eingeleiteten Dramatisierung. Denn das Thema »Kosovo« überschattete die serbische Politik – die Politik der Regierung wie die der »Straße« – seit dem Sturz Milosevics im Oktober 2000, und in dieser Frage hat die Regierung 2010 eine eindeutige Niederlage hinnehmen müssen. Seit ihrem Amtsantritt 2008 erklärte sie, die Wahrung der territorialen Integrität des Landes (also in irgendeiner Form die Rückgewinnung des Kosovo bzw. die Relativierung seiner Unabhängigkeit) und die europäische Integration seien gleichrangige Ziele und könnten gleichzeitig verfolgt werden. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag, vor allem aber die Diplomatie der großen EU-Mitgliedsstaaten belehrte sie eines Besseren: Unter dem Druck der großen EU-Staaten musste Serbien im September 2010 in der Generalversammlung der UNO zusammen mit den EU-Staaten eine Erklärung unterzeichnen, die den Status des Kosovo nicht thematisierte und zu Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo in Brüssel (und nicht in New York) aufrief. Vorausgegangen war die fast unverhüllte Drohung der Außenminister Westerwelle und Hague, eine nicht-kooperative Haltung Serbiens in der Kosovo-Frage könne die Integration Serbiens in die EU erschweren und verzögern. Die Regierung wurde m. a. W. gezwungen, zwischen den als gleichrangig deklarierten Zielen zu wählen, und sie wählte die europäische Integration. Die größte Überraschung liegt aber nicht in dieser Wahl, sondern darin, dass ihr dies weder von der Opposition, noch von der »Straße« vorgehalten wurde. Nikolic erklärte nach dem Urteil des IGH lediglich, die Politik der DS sei gescheitert, weil sie sich und der Öffentlichkeit ein falsches Bild von dem internationalen Handlungsspielraum Serbiens vorgegaukelt habe; Serbien stehe unter einem internationalen »Diktat«, dem es sich zu beugen habe – ein Diktat, das aber auch die SNS akzeptieren werde. Vor allem aber verzichtete Nikolic darauf, die so dramatisch inszenierte Auseinandersetzung um den Wahltermin zusätzlich dadurch aufzuladen, dass er die Kosovo-Frage ins Spiel brachte. Und auch der Druck der »Straße« blieb aus: Weder das IGH-Urteil, noch die Erklärung in der UNO und schließlich die Aufnahme von Verhandlungen löste Protestkundgebungen aus. Zwar sind die Verhandlungen in serbischer Diktion keine Verhandlungen sondern »Gespräche«, die nicht zwischen Serbien und dem Kosovo geführt werden, sondern zwischen »Belgrad und Pristina«, aber sie finden statt, werden bislang nicht von gegenteiligen Positionen zum Status des Kosovo blockiert und brachten sogar erste

Ergebnisse. Die Kosovo-Frage ist, so lässt sich folgern, nicht mehr die große nationale Schicksalsfrage, an der die Geister sich scheiden und in »Patrioten« und »Verräter« eingeteilt werden können.

Und auch in der Frage der europäischen Integration scheiden sich die Geister nicht mehr. Was die Emphase und Glaubwürdigkeit angeht, mit der die europäische Option vertreten wird, gibt es natürlich zwischen DS und SNS Differenzen, was insbesondere in der Rhetorik und im Stil der beiden Parteivorsitzenden deutlich wird, in der Sache allerdings herrscht grundsätzliche Einigkeit. Keine der beiden größten Parteien des Landes, die zusammen zwischen 70 und 80 Prozent der Wähler repräsentieren, hält einen Weg Serbiens außerhalb der Union für möglich oder wünschbar. Mehr noch: Beide Parteien verzichteten darauf, die europäische Integration mit Bedingungen zu versehen, etwa die der Nicht-Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo. Das ist nicht selbstverständlich: Noch Anfang 2008 war die damals größte Partei des Landes, die Radikale Partei Serbiens (SRS), gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU, und der ehemalige Präsident, Ministerpräsident und Vorsitzende der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), Vojislav Kostunica, forderte eine völkerrechtliche Klage gegen die EU-Staaten, die das Kosovo anerkannt hatten.

Wahlrecht und Parlament

Eine Forderung, die die SNS in ihrer Kampagne für Neuwahlen stellte, ist die Halbierung des Parlaments – eine populäre Forderung, denn das Parlament gehört zu den am wenigsten geschätzten Institutionen Serbiens. Eine Verkleinerung des Parlaments würde das Kernproblem des serbischen Parlamentarismus aber kaum lösen. Dieses liegt – wie auch die EU- und die Venedig-Kommission feststellten – in der Abhängigkeit der Abgeordneten von ihrer Partei. In Parlamentswahlen stimmen die serbischen Bürger *de facto* nur für die Parteien und nicht für die Personen, die diese Parteien repräsentieren. Die Wahlliste der Parteien kann nach den Wahlen von der Parteiführung geändert werden, so dass die Wähler in der Regel gar nicht wissen, welche Personen in ihrem Namen die gesetzgebende Gewalt ausüben werden. Wahlkreise gibt es nicht, es gibt daher auch keine direkte Verantwortung der Gewählten gegenüber den Wählern – ein Faktor, der neben anderen die geringe Popularität des Parlaments erklären dürfte. Sinnbild dieser Abhän-



gigkeit sind die sogenannten Blankounterschriften, die die Abgeordneten zu Beginn einer Regierungsperiode leisten müssen und mit denen sie für den Fall eines Konflikts mit der Parteiführung ihren automatischen Rücktritt erklären. Diese Praxis, die den Parteien die völlige Kontrolle über die Besetzung der ihnen proportional zustehenden Parlamentssitze zuweist, wurde von der EU-Kommission wiederholt – zuletzt im Fortschrittsbericht 2010 – als nicht mit europäischen demokratischen Standards vereinbar kritisiert. Eine von der serbischen Parlamentsmehrheit im Februar verabschiedete Gesetzesvorlage zur Neuregelung des Verfahrens aber hätte diese Praxis nicht abgeschafft, sondern gesetzlich festgeschrieben. Auf erneuten Druck aus Brüssel sagte die Parlamentspräsidentin Slavica Djukic-Dejanovic bis Juni eine erneute Überarbeitung zu. Ziele sollen die Einführung des freien Mandats – darunter fällt auch der Fraktionswechsel einzelner Abgeordneter – sowie bereits vor der Wahl festgelegte und verbindliche Listen sein.

Es bleibt abzuwarten, ob dies gelingt. Die Allmacht der Parteiführungen und ihre uneingeschränkte Verfügungsgewalt über einzelne Abgeordnete ist seit 2000 fester Bestandteil einer politischen Kultur, in der ein selbstbewusstes Parlament bisher keinen Platz finden konnte. Beide großen Parteien haben zumindest indirekt zu erkennen gegeben, dass sie kein Interesse an der Veränderung der herrschenden Praxis haben. Diese wurde nämlich eingeführt, weil die Parteiführungen befürchten, die einzelnen Abgeordneten würden ihre Stimmen an den jeweils Meistbietenden verkaufen und so eine geordnete Politik von vorn herein unmöglich machen. In der Tat: Wenn nicht nur eine Vielzahl von Klein- und Kleinstparteien, sondern jeder einzelne Abgeordnete als Vetomacht auftreten könnte, die sich in keine parteipolitische Disziplin einbinden lässt, wäre dies das Ende jeder Regierungsfähigkeit. Die abverlangten Blanko-Unterschriften zeigen, wie wenig die Parteien ihren Mitgliedern vertrauen; sie zeigen aber auch, wie sehr Politik in Serbien als potentielles Geschäft wahrgenommen wird, bei dem der Kauf und Verkauf einer Abgeordnetenstimme nahezu selbstverständlich zu sein scheint.

Aussichten

Mit dem Hungerstreik Nikolics ist die Politik in Serbien zu einem Pokerspiel geworden, dessen Ergebnis nicht

vorhergesagt werden kann. Niemand kann sagen, ob Nikolic ernstlich seinen Tod in Kauf nimmt oder nur mit ihm spielt, um die Regierung zu erpressen, noch lässt sich absehen, wie die Bevölkerungsmehrheit auf den Hungerstreik reagiert, ob Nikolic zum Märtyrer aufsteigt oder ob er sich diskreditiert und seine Partei in den Abgrund reißt. Man kann lediglich sagen, wie die Serben Umfragen zufolge vor der Protestveranstaltung und der Ankündigung des Hungerstreiks gewählt hätten. Einer Umfrage der Tageszeitung *Politika* zufolge (s. Tabelle) hätte die von der SNS geführte Vorwahl-Koalition deutlich mehr Wähler gewonnen als die DS. Aber die DS hätte offensichtlich mehr Nachwahl-Koalitionsmöglichkeiten als die SNS: Die Sozialisten und die Vereinigten Rentner, die Liberaldemokratische Partei und die meisten Minderheitsparteien würden sich im Konfliktfall wahrscheinlich auf die Seite der DS schlagen, die DSS Kostunicas auf die der SNS. Die Radikale Partei schließlich, aus der die SNS hervorgegangen ist, könnte in eine Position geraten, die sie zum berühmten »Zünglein an der Waage« macht. Doch die Radikale Partei wird nie mit der SNS kooperieren, zu sehr sind die Beziehungen zwischen den beiden Kräften durch die einstige Spaltung belastet. Paradoxerweise wäre das Lager der DS dank der Radikalen Partei als Sieger aus der Wahl hervorgegangen – hätte diese am 11.4.2011 stattgefunden. Bleibt als weitere Möglichkeit, von der häufig die Rede ist, eine »Große Koalition« aus DS und SNS, eine Möglichkeit, die von manchem Beobachter aus der EU favorisiert wird, die beide Parteien aber kategorisch ausschließen – zumindest vor den nächsten Wahlen.

Popularität der serbischen Parteien

Koalition der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) + Bewegung zur Stärkung Serbiens (PSS) + Neues Serbien (NS) + Sozialistische Bewegung (PS)	37,3 %
Demokratische Partei (DS)	28,2 %
Sozialistische Partei Serbiens (SPS) und Partei der Vereinigten Rentner Serbiens (PUPS)	10,2 %
Liberaldemokratische Partei (LDP)	6,4 %
Demokratische Partei Serbiens (DSS)	5,1 %
Radikale Partei Serbiens (SRS)	5,0 %
Minderheitsparteien	4,0 %
Andere	3,8 %

Quelle: *Politika*, 11.04.2011



Wie 2008 ist die serbische Wählerschaft in zwei ziemlich gleich große Lager gespalten. Das heißt die schwierige wirtschaftliche und soziale Situation hat die Regierungskoalition noch nicht in eine unhaltbare Lage gebracht. Dies ist umso auffälliger, als die DS meist als Partei der Belgrader Mittelschicht, wenn man will: der Belgrader Schickeria, gilt, die bis zur Krise 2008 von der Konjunktur profitierte. Sie ist damit mit dem Makel einer wenig geliebten, ausbeuterischen und von der Realität des Landes weit entfernten Hauptstadt belastet. Obwohl sich die DS mit ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale als sozialdemokratisch bekennt, ist sie in sozialer Hinsicht nicht allzu sensibel, ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften sind im besten Falle gespannt. Gleichwohl, die DS ist eine moderne, weltoffene und pro-europäische Partei, deren Wurzeln in der Opposition gegen die Milosevic-Diktatur liegen. Ihr Image als älteste, beständigste und glaubwürdigste demokratische Kraft Serbiens droht allerdings nach über zehn Jahren, in denen sie an der Regierung beteiligt war, langsam zu verblassen – und mit ihr die Ikone der serbischen Demokratie, das Bild des DS-Ministerpräsidenten Zoran Djindjic, der nicht mit dem Martyrium spielte, sondern es unfreiwillig erlitt.

Die DS hat ihre Ambivalenzen, aber sie ist eine sichtbare und definierbare Partei. Die SNS dagegen ist fast vollkommen konturlos. Bekannt ist ihre Herkunft: Die Radikale Partei, eine anti-europäische, ethno-nationalistische Kraft, deren Vorsitzender als Kriegsverbrecher in Den Haag angeklagt wird, eine Partei, die die Tradition der Chetniks pflegte und die in Kroatien und Bosnien paramilitärische Einheiten für ethnische Säuberungen einsetzte. Als offiziell zweiter Mann der Radikalen Partei war Nikolic noch im Sommer 2008 der Hauptredner auf einer Massenversammlung, die gegen die Festnahme Radovan Karadjics protestierte. Es ist nicht auszumachen, wie weit sich Nikolic und die SNS wirklich von ihrer Herkunftspartei entfernt haben, ob die SNS dabei ist, zu einer modernen konservativen Partei zu werden – obwohl sie keine europäische konservative Partei oder parteinahe Stiftung an ihrer Seite weiß – oder ob die alten Ressentiments von der pro-europäischen Option nur verdeckt werden. Daher ist auch nicht vorherzusehen, wie sich die SNS an der Regierung verhalten würde. Würde sie die Integrationspolitik der DS mit derselben Energie und Kohärenz fortsetzen? Oder würde sie das, was die DS-Politik trotz aller Widrigkeiten leisten konnte – wie die Ansätze zur Aussöhnung mit den Nachbarstaaten,

die Stärkung der regionalen Kooperation, die klare Distanzierung von der Kriegsvorgangheit, die Herstellung eines Klimas relativer Toleranz (alles ist relativ), die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die zivile Kontrolle über Polizei und Militär usw. – wieder zunichte machen? Eine Antwort auf diese Fragen wird erst nach den nächsten Wahlen gegeben werden können, deren Ergebnis und Termin niemand kennt.



Über den Autor

Dr. Michael Ehrke ist Landesvertreter der FES in Serbien und in Montenegro.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-25-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
www.fes.de/international/moe/

Bestellungen/Kontakt hier:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-719-7